



Infoblatt von Sabine Berninger, MdB

Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag

Ausgabe 20 I Dezember 2010

Thüringen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1 ???

Liebe Thüringerinnen und Thüringer, der Thüringer Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Christoph Matschie, bewirbt derzeit in großen Anzeigen die vermeintlichen Erfolge seiner Bildungspolitik. Laut Anzeigenpreisliste der Zeitungsgruppe Thüringen dürften diese Weihnachtsgrüße des SPD-Ministers ca. 17.000 Euro gekostet haben. Weil das ziemlich viel Geld ist, hat sich DIE LINKE einige der guten Nachrichten noch einmal genauer angeschaut.

Das längere gemeinsame Lernen, das in Thüringen eingeführt werden sollte, gibt es bestenfalls in homöopathischen Dosen. Gerade einmal 9 der ca. 1000 Thüringer Schulen beteiligen sich an der ersten Phase der Einführung der Gemeinschaftsschule. Die Schulreform wirkt folglich höchstens im Promillebereich. Verschlimmernd kommt hinzu, dass sich selbst diese 9 Schulen über mangelnde Unterstützung bei der Umstellung beschwerten. Es mangelt an Stundentafeln, Personal und Verwaltungsvorschriften. Deshalb gibt es sogar schon

wieder Überlegungen aus dem Modell auszusteigen. Klar ist: flächen- und bedarfsdeckendes Angebot an Gemeinschaftsschulen wird es damit in Thüringen nicht geben, stattdessen wird das gegliederte, auf frühe Trennung der Schüler setzende Schulsystem beibehalten und zementiert.

Das neue Kita-Gesetz wurde nur halbherzig umgesetzt. Ein Großteil der Kosten wurde einfach auf die Kommunen abgewälzt, die nun die Elternbeiträge erhöhen

Bei den Thüringer Hochschulen hebt die Regierung mit dem gerade verabschiedeten Haushalt die Vereinbarungen des Hochschulpaktes auf. Den Hochschulen fehlen so trotz eines bestehenden Hochschulpaktes 20 Mio. € laufende Mittel und 10 Mio. € an Investitionen.

Nicht nur bei den Hochschulen sondern auch bei den Schulen in freier Trägerschaft wird 2011 gekürzt. Dabei erfüllen Kinder und Jugendliche an diesen Einrichtungen ihre Schulpflicht. Durch die Kürzungen der Landesregierung werden die freien Schulen das Schulgeld erhöhen müssen oder sogar in ihrer Existenz bedroht.

Schließlich wurden auch in der Erwachsenenbildung Mittel gestrichen: Über 800.000 Euro fehlen den Volkshochschulen und freien Trägern im nächsten Jahr für ihre Arbeit.

Wie Bildungsminister Matschie mit diesen Maßnahmen Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 machen will, bleibt sein großes Geheimnis.



müssen. Damit bezahlen letztlich die Eltern das neue Kita-Gesetz und das Anliegen des Volksbegehrens für bessere Familienpolitik wird ad absurdum geführt.

vorsitzenden, erst 2020 eine kommunale Gebietsreform umsetzen zu wollen.

■ **Martina Renner: Klare Absage an Atompolitik.** „Der den Castor begleitende Protest ist eine klare Ansage an die Regierenden in Bund und Land, endlich zur Vernunft zu kommen und nicht länger an der Atomenergie festzuhalten. Diese Art der Energieerzeugung ist ein nicht beherrschbarer Irrweg mit völlig ungeklärten Langzeitproblemen hinsichtlich der Endlagerung“, sagt Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und innenpolitische Sprecherin, am Rande der Proteste gegen den Castor-Transport, der in der Nacht zum 16.12.

Wie Bildungsminister Matschie mit diesen Maßnahmen Thüringen zum Bildungsland Nummer 1 machen will, bleibt sein großes Geheimnis.

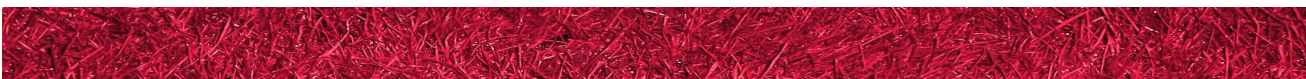
durch Thüringen rollte.

■ **Sabine Berninger: Humanitäres Bleiberecht dringend notwendig.** „Flüchtlinge, die seit vielen Jahren ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und mit erheblichen Einschränkungen in der Bundesrepublik leben, brauchen endlich eine Lebensperspektive. Die von den Innenministern der Länder beschlossene Regelung für gut ausgebildete Jugendliche, ist alles andere als humanitär, sie ist egoistisch, wirtschaftlich motiviert und unmenschlich“, so die migrationspolitische Sprecherin.

Die Abgeordnete kündigte einen Antrag

(Fortsetzung auf Seite 2)

Impressum: 2SEITEN erscheint vierteljährlich und wird kostenlos versendet/verteilt. Fragen, Reaktionen und Hinweise bitte an: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, 99310 Arnstadt, per Mail: wkb-berninger@t-online.de, oder rufen Sie an: 03628 / 660 624. Die nächste Ausgabe von 2SEITEN erscheint im März 2011.



Landtagsinfo

(Fortsetzung von Seite 1)

im Landtag an, mit dem DIE LINKE ein Bleiberecht für Menschen, die sich seit mindestens vier Jahren in der Bundesrepublik aufhalten (minderjährige Kinder oder Menschen mit Beeinträchtigung entsprechend kürzer), fordert. Auch sollen Opfer rechtsextrem und rassistisch motivierter Gewalttaten ein Bleiberecht erhalten. „Menschen über lange Zeit den vollständigen Zugang zu einer Gesellschaft und damit auch Möglichkeiten der Integration zu verweigern, ist ein unmenschlicher Akt.“

Ständige Ungewissheit, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs zu Arbeit, Leistungen bis zu 50% unter dem gesetzlichen Existenzminimum von Hartz IV sind insbesondere für Familien mit Kindern ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Wir brauchen eine niedrigschwellige und gleitende gesetzliche Bleiberechtsregelung, die den Kriterien eines humanitären Umgangs mit

**Ich wünsche Ihnen,
liebe LeserInnen des 2SEITEN Newsletters,
eine schöne Winterzeit, ein friedliches und
erholsames Weihnachtsfest, viel Zeit und
Freude mit lieben Menschen und
einen guten Start in ein erfolgreiches und
sozial gerechteres neues Jahr.**

Herzlichst, Ihre

Sabine Berninger



Menschen gerecht wird und endlich auch dem entspricht, was in den vergangenen Wochen von politisch Verantwortlichen in gut klingenden Statements zum Thema Integration gesagt wurde.“

■ Jörg Kubitzki: Makaberes Weihnachtsgeschenk Röslers an Patienten.

Zur in Thüringer Tageszeitungen veröffentlichten Annonce des Bundesgesundheitsministeriums über die Änderungen im Gesundheitsbereich erklärt Jörg Kubitzki, sozialpolitischer Sprecher der

Linksfraktio:

„Mit der Anzeige über die Änderungen

versucht Herr Rösler, den Versicherten und Patienten die Neuerungen der Gesundheitsreform schmackhaft zu machen. Statt eines großen Segens erwartet die Bürger aber ein makaberer Weihnachtsgeschenk! Diese Reform ist weder nachhaltig noch sozial ausgewogen.“

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Widersprüchlicher kann Politik nicht sein

SPD-Landtagsabgeordnete Eleonore Mühlbauer hatte angekündigt, im Kreistag für die Senkung der Kreisumlage zu streiten. Ziel sei es, so den Gemeinden einen Ausgleich für die vom Land fehlgeleiteten Kitagelder zu gewähren. "Widersprüchlicher kann Politik nicht sein", kommentiert LINKE-Stadtrat und Landtagsabgeordneter Frank Kuschel.

"Gegen den erbitterten Widerstand der Kommunen und der drei Oppositionsfraktionen im Thüringer Landtag haben CDU und SPD die umstrittene Kindertagesstättenfinanzierung beschlossen, die auch auf Arnstadt erhebliche finanzielle Auswirkungen hat. Auch Frau Mühlbauer hat dem Kommunalen Finanzausgleich und der Finanzierung der Kindertagesstätten zugestimmt.“

Mit dieser Zustimmung habe sich Frau Mühlbauer gegen die Interessen der Stadt Arnstadt und aller Gemeinden in Thüringen entschieden. Arnstadt wird durch das neue Kindertagesstättengesetz mit bis zu 900.000 EUR pro Jahr zusätzlich belastet. Die unzureichende Finanzierung der Kita-Reform ist für die Stadtverwaltung Arn-

stadt eine Ursache dafür, dass bisher kein Haushaltsentwurf für 2011 vorgelegt werden könne. Die SPD hatte als Mitglied des Trägerkreises für das Volksbegehren "Für eine bessere Familienpolitik" zugesagt, dass die Reform in allen Fällen vollständig durch das Land finanziert werde. Diese Zusage ist gebrochen. Formal wurden zwar die Mehrkosten für das Kita-Gesetz in Höhe von 92 Mio. EUR bei der Berechnung der kommunalen Landeszuweisungen berücksichtigt, jedoch werden zeitgleich den Kommunen 136 Mio. EUR abgezogen. Diese Gelder sollen sich die Kommunen nun über höhere Grund- und Gewerbesteuern von den BürgerInnen holen.

Die Gemeinden, so auch Arnstadt, werden aber zusätzlich benachteiligt, weil landesweit 67 Mio. EUR der Kitagelder in der Schlüsselmasse an die Landkreise fließen, obwohl diese nicht direkt zuständig sind. Somit erhält der Ilm-Kreis 4 Mio. EUR und dies zu Lasten der kreisangehörigen Gemeinden.

Nun stritt Frau Mühlbauer im Kreistag dafür, die Kreisumlage zu senken, um so den Gemeinden einen Ausgleich für die vom Land fehlgeleiteten Kita-Gelder zu

gewähren. „Frau Mühlbauer hätte sich lieber im Landtag für die Klärung der Probleme einsetzen sollen und nicht jetzt auf kommunaler Ebene eine ‚Notlösung‘ für erst selbst verursachte Probleme zu suchen“, so Kuschel.

Im Kreistag fand der Antrag für eine Senkung der Kreisumlage trotz einer noch während der Kreistagssitzung von den Fraktionen DIE LINKE und SPD/Grüne eingebrachten Änderung keine Mehrheit. Und so müssen Städte wie Arnstadt die Folgen der Unterfinanzierung des Kitagesetzes tragen. "Es bleibt abzuwarten, wie sich Frau Mühlbauer im Stadtrat ihrer Verantwortung stellt, wenn infolge der fehlgeleiteten Kita-Finanzierung die Frage nach der Beteiligung der Eltern an den zusätzlichen Kosten aufkommt.“

Termine:

Polit.Tisch im LinXX.Treff:

Montag, 31.01. (19 Uhr), 28.02. (17 Uhr) und 28.03.2011 (17 Uhr):

Landtagsgelauder

26.-28.01., 23.-25.02., 23.-25.03.2011:

Plenarsitzungen Thüringer Landtag

weitere Termine finden Sie auf

www.sabine-berninger.de.

Und für alle Termine gilt:



Kluge Worte:

„Der Wunsch, klug zu erscheinen, verhindert oft, es zu werden.“

La Rochefoucauld (1613 - 1680), französischer Literat und Moralist

Kontakt im Landtag: Sabine Berninger | DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag |

Jürgen-Fuchs-Str. 1 | 99096 Erfurt | Tel.: 0361 - 377 2302 | Mail: berninger@die-linke-thl.de |

Im Wahlkreisbüro: Mitarbeiter: Thomas Schneider | Zimmerstraße 6 | 99310 Arnstadt |

Tel.: 03628 - 660 624 | Mail: wkb-berninger@t-online.de | www.sabine-berninger.de